

Berlin, 11.12.2017

Nein zum Bundeswehrmandat. Ja zu zivilen Lösungen in Syrien.

„Es ist der siebte Kriegswinter in Syrien. Die Menschen im Land hausen in Zelten, in Notunterkünften, Bauruinen und Tierställen und ungeheizten Gebäuden. Die Kinder frieren und ihre Mütter und Großmütter wissen nicht woher sie warme Kleidung und Schutz gegen die Winterkälte nehmen sollen. Die UNO-Flüchtlingshilfe bittet verzweifelt um Geld für Windeln, Decken, Nothilfspakete und Zelte. Auch die in die Nachbarländer geflohenen fürchten den Kriegswinter. Im Nordirak war es in den letzten Nächten -2Grad. Die Bekaa-Ebene im Libanon liegt im Regenschatten der Berge. Dort gibt es Winter mit Schnee, Frost und heftigen Winden.

In Syrien ist es auch heute nicht friedlich, Granatangriffe sind weiter an der Tagesordnung. Nach Berichten von Unicef sind es nicht nur die Entbehrungen, die furchtbaren Erinnerungen an Luftangriffe und getötete Angehörige, die den Menschen zusetzen. Auch die Angst vor der Rache des Regimes ist allgegenwärtig. Ein Regime, das mit Hilfe Russlands und des Irans nicht nur die Schreckensherrschaft islamistischer Terrormilizen beendet, sondern auch mit härtester Gewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgegangen ist.

In dieser Situation hat die Innenministerkonferenz vorige Woche über Abschiebung für syrische Geflüchtete aus Deutschland debattiert. Welches Signal wollen die setzen? Deutschland als Hardliner und Abschiebestark darstellen? Abschiebungen nach Syrien wurden für sechs Monate ausgesetzt. Na, danke schön, das reicht bei weitem nicht. Unterstützung für die, die den Geflüchteten hier in Deutschland bei der Integration helfen, ist das Gebot der Stunde.

Wieso müssen die Innenminister betonen, dass sie vorerst nicht abschieben, obwohl sie wissen, dass deutsche Gerichte jeden Abschiebebeschluss gestoppt hätten, weil er gegen die in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Menschenwürde und gegen die europäische Menschenrechtskonvention verstoßen würde? Das ist Scharfmacherei und Stimmungsmache gegen Menschen, die sich aus Not in Deutschland aufhalten, weil sie in ihrer Heimat nicht leben können.

Und ein Detail dieser skandalösen Debatte in der vorigen Woche beschäftigt mich besonders. Um dann im Frühjahr nächsten Jahres gute Entscheidungen treffen zu können, fordern die Innenminister vom Auswärtigen Amt einen aktuellen Lagebericht über Syrien. Der letzte ist aus dem Jahr 2012. Da frage ich mich, auf welcher Basis entscheiden die Abgeordneten des Deutschen Bundestages eigentlich über die Verlängerung des Bundeswehrmandats? Wissen die eigentlich, was sie da entscheiden? Wissen die eigentlich, welche Wirkungen der Bundeswehreinsatz hat? Wer die Aufklärungsinformationen erhält und was daraus gemacht wird? Ob die von der Bundeswehr in der Luft aufgetankten Flugzeuge dann Bomben abwerfen und mit Luftangriffen Städte und Dörfer, Bäckereien und Krankenhäuser zerstören, das Leben von Zivilisten gefährdet und zerstört haben? Hat unser Parlament eine klare Sicht auf die Situation in Syrien oder entscheiden sie auf der Basis eines Lageberichtes, der fünf Jahre alt ist?

pax christi fordert die Abgeordneten auf, mit der Kampagne ‚Macht Frieden‘ mit ‚Nein‘ gegen die Mandatsverlängerung zu stimmen. Und die Soldatinnen und Soldaten der Syrieneinheit unterstützen wir darin, auf ihr Gewissen zu hören und Befehle zu verweigern, die sie nicht überzeugen.“

pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann
Beitrag bei Kundgebung gegen die Verlängerung des Bundeswehrmandats im Syrienkrieg am
11.12.2017 in Berlin